

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhoff 292-293
und 2506-2507

Mittwoch, den 26. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Bezugspreis:

Wochenschrift 1.20.— M. monatlich
60.— M. drei ins Haus, voraus-
zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch-
land, Dänzig, Saar- und Rhein-
provinz, sowie Österreich u. Luxemburg
1.08.— M. für das übrige Ausland
1.42.— M. Bestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Irland, Luxemburg, Österreich,
Schweiz, Tschecho-Slowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Monatsanzeige
kostet 25.— M. Restansätze 1.20.— M.
„Kleinanzeigen“ das fertige
Wort 7.— M. (zuletzt zwei fertige
Wörter) jedes weitere Wort
6.— M. Stellenanzeigen und Schlu-
ßstellenanzeigen das erste Wort 4.— M.
jedes weitere Wort 3.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Kahr-Mehrheit für Lerchenfeld. Mühsamersehungen im Bayerischen Landtag.

München, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Abstimmung im bayerischen Landtag hat eine neue politische und parlamentarische Konstellation geschaffen, die für die Entwicklung der bayerischen Innenpolitik von symptomatischer Bedeutung ist. Kahr regierte mit einer Zweidrittelmehrheit gegen die sozialistische Linke mit Hilfe des Schlagwortes „gegen den Atheismus, Materialismus, Internationalismus der Sozialdemokratie“. Seine Regierung war infolge der Nachwirkungen des Räteregiments trotz aller Extravaganzen fest im Volk verankert. Als Gegner hatte er eine völlig zerrüttete und zerrissene Arbeiterschaft vor sich. Lerchenfeld stellte zwar die These vom „Trennungsstrich gegen die marxistische Weltanschauung“ auf. Sein Regierungsapparat war jedoch angewiesen, dem Rührischen Klassenkampfsystem die volle Schärfe zu nehmen. Die Regierung Lerchenfeld entbehrte zudem der breiten Basis, wie sie die Regierung Kahr befehlen hatte. Das galt schon vor dem heutigen Abstimmungstage. Heute, nach der Befragung des Landtages, in dem Augenblick, als sich zum erstenmal wieder eine bürgerliche Partei bei der Abstimmung an der Seite der sozialistischen Parteien befand, gibt es noch mehr. Als nur die knappe Hälfte der Abgeordneten sich zum Vertrauensvotum erhob, da stand man vor einer neuen politischen Entwicklung in Bayern. Der Parole „die Bürgerum, die Proletariat“ ist die Spitze abgebrochen, und weite Kreise des denkenden Bürgertums schütteln die Köpfe über die tatsächliche Rechtsverdrängung der bayerischen Minister und der Bayerischen Volkspartei.

Auch in den Reihen der Arbeiterparteien hat sich zugleich ein wichtiger Wandel vollzogen. Die bayerische Sozialdemokratie und die USP sind seit den Schüssen aus den Gewehren der Eisnerschen Anhänger auf unseren Genossen Auer noch tiefer voneinander getrennt gewesen, als dies bei den Parteien im Reich der Fall war. Nun stehen wir hier vor der Einigung als Folge des bayerischen Rechtsbruches.

Graf Lerchenfeld mag stolz sein auf seinen heutigen Abstimmungserfolg. Dieser Tag hat aber auch schon über seine im Entstehen begriffene Regierungskoalition entschieden. Es handelt sich um nichts anderes als um die Wiederherstellung des Kahr-Regiments in Lerchenfeldischer Aufmachung. Ganz gleich, welcher Art die Gegenmaßnahmen des Reiches sein werden, sie werden das demokratische Bürgertum unterstützen, die Bauernschaft zum Nachdenken bringen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Bayern und dem Reich. Sie werden als notwendige Wirkung gegen die Heber- spannung separatistischer Unvernunft zweifellos in einigen Monaten ihre letzten Folgen nach sich ziehen, d. h. den Wahlsieg eines republikanischen Blocks in Bayern.

Lerchenfelds Verteidigungsrede.

München, 25. Juli. (M.B.) Die Veranlassung des bayerischen Landtages, in der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld eine Erklärung der Staatsregierung abgeben sollte, trug schon äußerlich das Gepräge des großen Tages. Vor dem Landtagssaal und im Hause selbst waren scharfe Absperzungen und Kontrollmaßnah- men durchgeführt. Die Tribünen waren lange vor Beginn der Sitzung überfüllt. Auch das Haus selbst war sehr stark besetzt. Im Hause und auf den Tribünen spiegelte sich eine Spannung wider, wie sie seit den Tagen der Rohrkriese im September des Vorjahres nicht mehr zu beobachten war. Mit fast einhalbstündiger Verspätung eröffnete Präsident Dönigsbauer die Sitzung um 4 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen und erteilte dann dem Ministerprä- sidenten Grafen Lerchenfeld das Wort.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld

leitete seine Rede mit einer nochmaligen scharfen Verurteilung des Nordens an Minister Rathenau ein, in der sich alle vor- nünftig und ehrlich Denkenden einseien. Er führte dann u. a. aus: Die bayerische Regierung war von Anfang an mit der Reichsregie- rung in der Beurteilung der Tat und dem Bemühen, Abhilfe zu suchen, einig. Die bayerische Regierung kam aber im Gegensatz zu der Reichsregierung zu der Erkenntnis, daß nur eine mittlere Linie der Politik verständig und heilsam wirken könne. Lei- der ist diese Linie in Berlin vom ersten Augenblick an nicht eingehal- ten worden. Ueber den Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und die Abwehr verdrängerischer Tendenzen hinaus hielten einzelne Par- teien die Gelegenheit für gekommen, um ihre parteipolitischen Ziele zu verwirklichen. Die Maßnahmen erzielten einen Ausnahmeha- rakter. Sie nahmen die

Richtung auf eine Klassenherrschaft

und auf einen über alle verfassungsmäßig gesicherten Hoheitsrechte der Länder rückwärtslos hinwegschreitenden sozialistischen

Einheitsstaat ein. Die bayerische Regierung erschöpfte alle verfassungsmäßigen Mittel, um die von der Reichsregierung vorge- legten Gesetzentwürfe dieses ihres Charakters zu entkleiden. Sie erkennt an, daß im Laufe der Verhandlungen die fraglichen Gesetze nicht unerhebliche Verbesserungen erfahren haben. Leider ist namentlich in dem Gesetz zum Schutze der Republik

der Staatsgerichtshof

mit der Befehung von drei Berufs- und sechs Volontärsrichtern, die sämtlich vom Reichspräsidenten ernannt werden, geblieben. Die bayerische Staatsregierung sieht darin nach wie vor ein durch nichts begründetes Mißtrauen gegen unsere ordentlichen Gerichte. Das Reichsbeamtengesetz berührt die bayerischen Landes- beamten zwar nicht unmittelbar. Die Tatsache aber, daß im Reich, als ein politisch höchwichtiges Gebiet, verschiedene Beamten- gesetze gelten, bildet ohne Zweifel eine Gefahr für die Landes- beamten. Bezüglich des Reichsstrafgesetzbuches ist die bayerische Regierung der Auffassung, daß mit diesem Gesetz die Art an die Polizeihohheit der Länder gelegt wird. Die bayerische Regierung war bereit, im Wege einer freiwilligen Vereinbarung der Länder untereinander die Lücke auszufüllen. Der Minister- präsident streifte dann den Fall Beprechung und meinte: Das bayerische Volk hat ein Anrecht darauf, von dieser Sorte Dis- tinction befreit zu sein. Sie ist nicht genug Ansehlichkeit auch da, wo man sie wegen schwerer Delikte fassen kann. Die bayerische Regierung erblickt in dem gegen ihren Widerspruch erfolgten

Eingriff in die Polizeihohheit der Länder

eine Vergewaltigung Bayerns, die mit dem Sinn und der Struktur der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Gegen diese Vergewaltigung Bayerns durch das Reich protestiert die bayerische Regierung auf das entschiedenste. Die bayerische Regierung ist der Über- zeugung, daß die trübselige Lage des Reiches der Reichsregierung hätte nahelegen müssen, die einheitliche und ge- schlossene Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes sich zur Aufgabe zu machen und alles zu vermeiden, was Zwiespalt er- regen muß. Sie wird daher sorgen, daß der Verfassungsschutz energisch und loyal ausgeführt wird. Der Vorwurf, daß sie sich hinter die Läden stellt, wird sie nicht treffen. Der Grundsatz, daß die Abwehr auf das unbedingt Notwendigste beschränkt werden müsse, hat auch dazu geführt, den Geltungsbereich der Verordnung auf das rechtsrheinische Bayern zu beschränken.

Die Pfalz bleibt also unberührt,

und ich muß hier der Erwartung Ausdruck geben, daß diese, wie überhaupt die ganze Auffassung der bayerischen Regierung von allen pfälzischen Politikern anerkannt wird. Die Pfalz bedarf in dieser Zeit der Befreiung eines doppelten Zusammenhanges mit dem Reichsstandpunkt, also der Beranuerung mit dem Reich durch Bayern. Was die anderen Gesetze neben dem Gesetz zum Schutze der Republik betreffen, so habe ich keine Verantwortung zu weiteren Ausführungen, da sie in diesem Augenblick keine Maßnahmen der bayerischen Regierung notwendig machen, soweit der Standpunkt der Erhaltung der Staatshohheit in Frage kommt. Dies gilt für die §§ 4 und 7 des Reichsstrafminipolizeigesetzes, was ich über diese Frage bei der Besprechung des Gesetzes zum Schutze der Republik angeführt habe. Meine Damen und Herren! Die jetzige Regierung ist unter dem Zeichen der

Veröhnung mit Berlin

was Ernst getreten, und niemand wird ihr das zugunsten vorzulegen, daß sie rechtlich barmhertig war, jede persönliche Schärfe zu vermeiden. Sollte man das bei dem Kassanau-Wort folgenden Ereignissen in Berlin beachten — lieber war der Herr Reichspräsident in diesen Tagen erkrankt — so stände die bayerische Regie- rung heute nicht vor der Notwendigkeit der Abwehr. Zu unserem Leidwesen hat der von der Regierung beschlossene Schritt das

Ausscheiden der Demokratischen Partei

aus der Regierungskoalition zur Folge. Wir verlieren dadurch einen wertvollen Bestandteil der Regierung. Wenn einmal das Gericht der Geschichte über diese Tage vorurteilsfrei erkennen wird, so wird es zu dem Schluß kommen, daß Bayern nach gewissen- haften und pflichtgemäßem Ermessen für den Geist seiner demo- kratischen Verfassung und für das Wohl des Ganzen eingetreten ist. Der Ministerpräsident stellte dann an das Haus die Ver- trauensfrage. Mittlerweile war ein Antrag der Bayerischen Volks- partei eingelaufen, der die Erklärung der Staatsregierung über ihre Haltung zu den Schutzgesetzen billigt und ihr das Vertrauen aus- spricht.

Als erster Fraktionsredner gab der Führer der Bayerischen Volkspartei

Abg. Heide,

sichtlich erregt, eine Erklärung ab, die sich hinter die Staatsregierung stellt, ihr Vorgehen billigt, ihr für das entschiedene Auftreten dankbar ist und die Unterstützung zusichert. Mit aller Entschiedenheit betonte der Redner, daß seine Partei es nicht zulasse, daß ihre Treue zum Reich angezweifelt würde. Mit Entschiedenheit sei auch der Gedanke einer Unterstüzung kommunistischer Bestrebungen zu- rückzuweisen. Auch in Bayern müßte der Gedanke liegen, der dem Reich gebe, was des Reiches sei.

Abg. Timm

gab namens der Sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Verordnung stellt einen Treubruch gegen das Reich und eine Verfassungsverletzung dar, die ohne Beispiel in der Geschichte Deutschlands ist. Die bayerische Regie- rung hat sich damit außerhalb der Gesetze gestellt. Wir lehnen es ab, in diesem Landtag mit ihr in eine Coöterung über die Angelegenheit einzutreten. Das Wort haben jetzt: Reichstag, Reichspräsident und Reichsregie- rung! Wir sind überzeugt, daß die übergroße Mehrheit des bayerischen Volkes, die deutsch gesinnt ist und deutsch fühlt, wie ein Mann hinter der Reichsgewalt stehen und Reichs- recht und Verfassung anerkennen wird. Den Antrag auf ein Ver- trauensvotum für die gegenwärtige bayerische Staatsregierung lehnen wir ab.

Nachdem der Führer der Bayerischen Mittelpartei der Regierung die Unterstützung seiner Partei zugesichert hatte, be- zeichnete der unabhängige Sprecher die bayerische Sonder- verordnung als einen

unverhüllten Verfassungsbruch.

Die bayerische Regierung habe damit den Weg des Reichs- hochverrats beschritten, ein Ausbruch, der sich wiederholte und dem Redner drei Ordnungsrufe eintrug. Den Vertrauensantrag lehnte auch dieser Redner ab.

Abg. Dirr,

der Vertreter der Demokraten, bezog sich auf die gestrige Kund- gebung der Demokratischen Partei und erinnerte besonders an die tatkräftige Mitwirkung seiner Partei und des Handelsministers zur Verbesserung der Schutzgesetze. Das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung könne seine Partei als

verfassungswidrig

nicht billigen. Sie wird daher gegen das Vertrauens- votum stimmen. Seine Partei frage die Staatsregierung und erbitte deren Antwort, wie sie sich den weiteren Gang der Dinge denke. Die Demokratische Partei werde alles tun, um einen für das Reich und Bayern ungünstigen Ausgang des Konfliktes zu ver- hüten und die Reichseinheit zu sichern.

Nachdem sich der Redner des Bauernbundes für, der kommunistische Redner gegen die Haltung der Staatsregierung ausgesprochen hatte, gab der pfälzische Abg. Burger (Deutsche Volks- partei der Pfalz) eine Erklärung ab, die im Gegensatz zur Haltung der Partei rechts des Rheines

das Vorgehen der bayerischen Regierung bedauert,

wenn auch die Haltung Bayerns verständlich sei. Im Hinblick auf die schwierige Lage der Pfalz, die unter der fremden Besatzung stehe, sei die Deutsche Volkspartei der Pfalz entschlossen, unter allen Um- ständen den Zusammenhalt zwischen Bayern, der Pfalz und dem Reich zu wahren. Angesichts des Vorgehens der bayerischen Staats- regierung sei seine Partei nicht in der Lage, für den Vertrauens- antrag zu stimmen. Sie werde sich daher der Abstimmung ent- halten.

In einfacher Abstimmung wurde hierauf das Vertrauens- votum mit den Stimmen der Bayerischen Mittelpartei, der Bayer- ischen Volkspartei und des Bauernbundes gegen die Demokraten und die Linksparteien bei Stimmenthaltung der Deutschen Volks- partei der Pfalz angenommen. Gegen den Widerspruch der Unabhängigen wurde Vertagung der Sitzung beschlossen.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Am Dienstag vormittag trat das Reichskabinett zu- sammen. Nach dem Reichskanzler, der über die Mit- teilungen des bayerischen Gesandten v. Treger unterrich- tete, erstattete der von einer Tagung des Bayerischen Bauern- bundes stehende aus München zurückgekehrte Reichsernährungs- minister Fehr Bericht über seine persönlichen Eindrücke. Die Aus- sprache ergab die übereinstimmende Auffassung sämtlicher anwesenden Regierungsmitglieder, daß das Vorgehen Bayerns verfassungswidrig ist. In überstürzte Maßnahmen, wie eine Inanspruchnahme der Reichsregulativ, denkt die Reichsregierung nicht. Sie wird den verfassungs- widrigen Schritt Bayerns zunächst mit verfassungsgesetzlichen Maßnahmen beantworten. Von den drei Wegen, die das Reichskabinett in verfassungsrechtlicher Hinsicht beschreiten kann und als die in Frage kommen

1. Aufhebung der Verordnung durch den Reichs- präsidenten;
 2. Einberufung des Reichstages und Be- schlussfassung über die Notverordnung der bayerischen Regierung, die zweifellos eine Mehrheit gegen Bayern ergibt;
 3. Annahme des Reichsgerichts laut Artikel 13 der Ver- fassung
- wird sich das Kabinett wahrscheinlich zunächst für die letzte

Möglichkeit entscheiden. Von einem Rücktritt des Reichsernährungsministers Fehr, der bekanntlich für die Schutzgesetze gestimmt hat und gegen dessen Willen der Bayerische Bauernbund die bekannte Resolution fasste, kann keine Rede sein. Eine Entscheidung des Kabinetts ist, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erzählt, für Mittwoch zu erwarten. Bis dahin werden die zurzeit noch von Berlin abwesenden Minister zurückgekehrt sein. Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch ist bereits am Dienstag wieder in Berlin eingetroffen. Der Beschluß des Reichskabinetts wird voraussichtlich der Öffentlichkeit in Form einer Erklärung übergeben werden.

Ruhige Entschlossenheit.

Boffys Bureau teilt mit: Die Weigerung der bayerischen Regierung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik durchzuführen und die Verordnung der bayerischen Regierung haben eine ernste politische Lage geschaffen, mit der sich die Reichsregierung in mehreren Sitzungen befaßt hat. Es ist verständlich, daß auf die Anwesenheit sämtlicher Reichsminister besonderer Wert gelegt wird, ehe endgültige Entscheidungen getroffen werden. Die Mitglieder der Reichsregierung werden voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages alle in Berlin eintreffen. Der Reichsernährungsminister Fehr hat bereits an der heutigen Sitzung des Kabinetts teilgenommen. Der Reichswehrminister Dr. Gessler wird erwartet. Die Reichsregierung wird in ruhiger Entschlossenheit die Interessen und das Recht des Reiches zu wahren wissen.

Einberufung des Reichstags?

Heute nachmittag tritt der ständige Ueberwacher aus dem Reichstags, der das Plenum während der Ferien zu vertreten hat, zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Besoldungsordnung. Es ist aber zu erwarten, daß auch die durch den bayerischen Vorstoß geschaffene politische Lage besprochen werden wird, insbesondere im Hinblick auf den mehrfach diskutierten Plan, den Reichstag einzuberufen, damit dieser die Ungültigkeit der bayerischen Verordnung aussprechen könne. Beschlüsse über eine Einberufung des Reichstags sind jedoch heute kaum schon zu erwarten.

Auch München gegen Zerchenfeld.

München, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Neben den meisten Stadterverwaltungen der nordbayerischen Städte, die ihre wohnende Stimme gegen den Münchener Verfassungsbruch bereits erhoben haben, protestierte am Dienstag der Stadtrat der Landeshauptstadt München gegen die Politik der bayerischen Regierung. Folgender Antrag wurde angenommen:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München bedauert und verurteilt die in ihrer Wirkung unübersehbare Stellungnahme der bayerischen Regierung gegenüber dem Reichsrat und Reichstag mit großer Mehrheit beschlossenen Gesetzen zum Schutze der Republik. Durch diese Stellungnahme werden ernste Gefahren in politischer und insbesondere für die Landeshauptstadt München wirtschaftlicher Hinsicht hervorgerufen, die den schwer erschütterten Volkserwerb als ernste gefährden und in ihren Folgen die Reichseinheit bedrohen. Der Stadtrat erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie umgehend ihre verhängnisvollen Beschlüsse zurücknimmt.

Die Annahme erfolgte gegen die Stimmen der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei unter den höherrangigen Zurufen von der Rechten: „Das ist die neue Koalition!“

U.S.P. für Arbeitsgemeinschaft.

München, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Landtagsfraktion der U.S.P. beschloß einstimmig, die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen im Landtag anzustreben. Es wurde ein Schreiben an die Sozialdemokratische Landtagsfraktion gerichtet, in dem die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft gefordert wird. Das Schreiben schließt mit den

Mörder-Martyrer.

Von Richard Mattheus.

Sie waren recht und schlicht zwei Mörder, die ihre Tat mit scharfer Berechnung ausführten und dann flüchteten, nachdem sie noch einmal auf das verblödete Werk trüglichen getrunken hatten.

Die Flucht gelang nicht so, wie es erdunkelt war. Die Polizei hatte zu rasch die Spur gefunden und sie mit großen Mitteln aufgenommen. Statt sofort durchzustossen nach dem sicheren Elend Bayern, war es jetzt die Aufgabe, im bedrohten Gebiet einen vorübergehenden Unterschlupf zu finden.

Man ging demgemäß im Jidzackurs vor, kreuzte durch Weidenburg, die Altmühl, berührte Braunschweig und den Harz. Der Durchbruch gelang. Man sah wahrscheinlich schon im sicheren Revier auf der Burgruine Saale, als die Verfolger noch glaubten, die Mörder bei Gardelegen eingekreist zu haben.

Auf Burg Saale gedachte man es ruhig abzuwarten, bis der Föhnwind sich gelegt hätte, um dann heimlich nach Bayern zu verschwinden. Der Plan war richtig. Das Versteck gut gewählt. Hier aus Bayern reichte bereits. Das Freiheitsland der Reaktion mußte sich ihnen bald öffnen und sie für immer übergeben.

Durch einen Zufall wurden sie entdeckt und umstellt. Der eine wurde wahrscheinlich durch den Karabinerschuß eines Polizeibeamten tödlich getroffen. Der andere tötete sich selbst, als kein Ausweg mehr möglich war.

Der politische Mordmörder ist bei uns in Deutschland ein deutschnationaler Held geworden. So der Graf Treco, der Kurt Eisner niederschoss. Eine bayerische Stadt ließ es sich nicht nehmen, des Grafen Bild auf ihr Notgeld zu drucken. Der Mangel an besserem Geld sollte vielleicht durch den Mangel an einem besseren Helden dargestellt werden.

Es wird nicht lange dauern, und man wird die Kathenau-Mörder Kern und Fischer als Helden und Martyrer preisen, die für die deutschnational-antidemokratische Sache gestorben seien. Ein Platz in Walhall ist ihnen gewiss. Die große Gemeinde der Missethätigen wird ihnen dankbar sein. Sie hat alle Ursache dazu. Das Geheimnis bleibt gewahrt. Das ist aber eine Privatangelegenheit der Mitterschworen. Sie mögen den Mördern ein Dankopfer nachsenden.

Für die Welt bleiben Kern und Fischer Mordmörder. Ihr Ende ändert nichts daran. Eine Ueberzeugung, für die man getötet wird, taugt nichts. Der Mord tritt dem Gegner offen entgegen. Der Martyrer mit dem Kainszeichen ist auf der Welt noch nicht dagewesen. Es kann aber sein, daß er jetzt eine deutschnationale Erfindung wird. Ein solches Patent sollte den deutschnationalen nicht vorenthalten werden.

Die beiden Mörder liefen mit der Schlinge am Hals herum. Dem einen wurde sie zugezogen. Der andere zog sie selbst zu. Zwei Kravos, die von dem bishigen Menschentum, das sie sich noch übrig gelassen hatten, soviel zu retten suchten, wie sie konnten,

Worten: „Nun stehen wir in Bayern auf einem Posten, der in ganz besonderem Maße gefährdet ist. Es fragt sich, ob nicht sachliche Notwendigkeiten vorliegen, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Wir fragen Euch, ob Ihr bereit seid zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Landtagsfraktionen.“

Ein Rechtsgutachten Kahls.

Die verfassungswidrige Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums veranlaßt sogar den gewiß nicht revolutionär veranlagten Hohenzollernvordenker und deutschnationalen Abg. Prof. Dr. Kahl, gegen sie Stellung zu nehmen. In der „Zeit“ stellt er fest, daß die Berufung Bayerns auf den Artikel 48 der Reichsverfassung nicht stichhaltig ist. „Dieser Artikel“ — so führt Kahl aus — „gibt im Absatz 4 der Landesregierung das Recht, für ihr Gebiet „einstweilige“ Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit zu treffen, wenn „Gefahr im Verzuge“ ist. Seinem ganzen Zusammenhang nach setzt dieser Absatz 4 des Artikels 48 aber voraus, daß von Reichs wegen noch keine derartige Verordnung erlassen ist. Tatsächlich aber liegt die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vor, und sie ist mittlerweile ersetzt durch das Gesetz zum Schutze der Republik, das Ende der vorigen Woche in Kraft getreten ist. . . Man kann deshalb nicht bestritten, daß das Borgehen der bayerischen Regierung mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen ist. Man braucht dabei nicht so weit zu gehen, den guten Glauben der bayerischen Regierung in Zweifel zu ziehen, aber wenn sie sich wirklich für berechtigt gehalten hat, den Absatz 4 des Artikels 48 für sich in Anspruch zu nehmen, so befindet sie sich dabei doch nach übereinstimmendem Urteil der staatsrechtlichen Sachverständigen im Irrtum, und deshalb steht gerade auf Grund des Artikels 48, auf den sich die bayerische Regierung beruft, dem Reichspräsidenten zweifellos das Recht zu, die Zurücknahme der bayerischen Sonderverordnung zu fordern. . . Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die bayerische Regierung nicht die Absicht hat, die im Artikel 48 zugelassene „einstweilige“ Maßnahme, d. h. eine Rechtsverordnung, anzuwenden, sondern daß sie mit vollem Bewußtsein mit ihrer Verordnung sich an die Stelle eines von ihr anerkannten Reichsgesetzes setzen will. Für ein derartiges Borgehen gibt es in der Verfassung überhaupt keine Grundlage.“

Harden-Attentäter und Deutschnationale.

Harden erzählte bekanntlich in der „Zukunft“, daß jener Anfermann, der ihn überfiel, nach der Tat in das deutschnationale Parteibureau gegangen und von einem Grafen Nord Geld für seine Flucht verlangt habe. Die „Deutschnationale Parteikorrespondenz“ stellt nun den Vorfall so dar:

Graf Nord teilt mit, daß er bereits auf dem Wege zum Meisteraal gewesen sei, als ihn ein Herr ansprach, der sich schließlich „als an dem Ueberfall an Harder beteiligt“ bezeichnete. Graf Nord gab ihm deutlich genug zu verstehen, daß an irgendeiner Unterstützung nicht zu denken sei, konnte aber auf der, infolge des Generalfreizeits absolut menschenleeren Straße — die Schupoleute waren eben anderweit beschäftigt — die Festnahme nicht herbeiführen. Im Auftrage der Parteileitung fuhr Graf Nord sofort nach dem Polizeipräsidenten, wo er die ersten Angaben über den Täter, der damals noch nicht bekannt war, machen konnte.

Also Graf Nord war auf dem Wege zum Meisteraal, als ihn Anfermann ansprach, sich als an dem Ueberfall an Harden beteiligt bezeichnete und Unterstützung verlangte. Diese hat ihm Graf Nord verweigert, und dann hat er im Auftrage der Parteileitung — die also erst darüber beriet und beschloß — Anzeige erstattet. So steht auch nach der „Deutschnationalen Parteikorrespondenz“ fest, daß Anfermann das deutschnationale Parteibureau als die Stelle betrachtete, wo Mordmörder hilfreiche Aufnahme finden. Es ist Sache der Behörden zu untersuchen, was ihn zu dieser Auffassung berechtigt hat.

„Herr Haenisch und die Brunnerer.“ Herr Brunner sendet uns dieses Schreiben:

Unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes erkläre ich mit Bezug auf den Artikel in Nr. 230 des „Vorwärts“ vom 14. Juli 1922: „Herr Haenisch und die Brunnerer“, folgendes:

1. Unwahr ist, daß ich in meiner Zeitschrift „Der Aufruf“ mich um den Nachweis bemüht habe, „so etwas wie der künstlerische Vertrauensmann des sozialistischen Kultusministers gewesen“ zu sein. Wahr ist, daß ich bezüglich der durch Herrn Haenisch von mir erbetteten Beratung lediglich die von diesem Herrn selbst geschriebenen Briefe an mich im Wortlaut mitgeteilt habe.

2. Unwahr ist, daß Herr Haenisch mich nur ein einziges Mal in seinem Leben gesehen hat. Wahr ist, daß, abgesehen von gelegentlichen Begegnungen, Herr Haenisch meine Vermittlung erbitten und erhalten hat zur Beschaffung leselastigster Filme, Bilder und Schriften im Polizeipräsidenten, wobei er sich meiner Führung bedient hat.

Wahr ist ferner, daß Herr Haenisch mit mir und anderen gemeinsam ein bekanntes Filmatelier besucht hat, wofür ich zum Zeugnis eine photographische Aufnahme besitze.

3. Unwahr ist, daß es sich bei der durch Herrn Haenisch von mir erbetteten Beratung im Kultusministerium um pornographische Literatur gehandelt habe.

Wahr ist, daß ich nach dem Wortlaut des von mir veröffentlichten Briefes von Haenisch (3. Oktober 1919) „zur sachgemäßen Beantwortung“ der kleinen Anfrage Nr. 193 des Abg. Menzel, „wie zur bevorstehenden Beratung des Kultusetats überhaupt“ dringend gebeten worden bin. In der als Drucksache 878 der Verfassungskommissionen Landtagsversammlung veröffentlichten kleinen Anfrage Nr. 193 handelt es sich nicht um die nach § 184 St.G.B. zu verfolgende probe Pornographie, sondern einerseits um die Bekämpfung der Auswüchse des Kinos, andererseits um Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schund- und Schmutzliteratur. Es handelte sich also um eine Erziehungsfrage und nicht um eine rein politische Angelegenheit, die reformmäßig dem Ministerium des Innern unterstanden hätte. Die Herrn Haenisch auf seinen besonderen Wunsch aus der Sammlung des Polizeipräsidenten zur Einsicht übergebenen Proben pornographischer Druckschriften lagen außerhalb dieser Erörterungen.

4. Unwahr ist, daß Herr Haenisch nach dem erbetteten Vortrag von mir außer „ein paar höflichen Worten“ bei Rücksendung der ihm geliehenen Druckschriften keine weiteren „Beziehungen“ zu mir gehabt habe.

Wahr ist, daß Herr Haenisch mir ausdrücklich geschrieben hat: „Es würde mir eine besondere Freude sein, wenn wir weiter auf diesem Gebiete in möglichst enger Fühlungnahme arbeiten könnten.“

5. Unwahr ist, daß Herr Haenisch in seinem Angriff gegen mich von Brunnerer in einem gewissen eingeschränkten Sinne gesprochen habe.

Wahr ist, daß er geschrieben hat: „Brunnerer irgendwelcher Art hat es unter dem sozialistischen Kultusminister nicht gegeben.“ Berlin, 24. Juli 1922. Prof. Dr. Karl Brunner.

Dazu schreibt uns Genosse Konrad Haenisch:

Meine Antwort auf die lange Zuschrift des Herrn Brunner kann sehr kurz sein: Filmbesichtigungen habe ich mit Beamten meines

Deutschnationaler Schwindel.

Eine kommunistische kleine Anfrage über angebliche Ueberfälle usw. auf Güter und Bauerndörfer in der Provinz Pommern durch Kommunisten beantwortet der preussische Minister wie folgt:

„Es liegt kein Beweismaterial dafür vor, daß den zahlreichen Bränden und Ueberfällen in der Provinz Pommern ein planmäßiges Vorgehen von kommunistischer Seite zugrunde liegt. Die Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ von einer in Autos durch das Land fahrenden kommunistischen Brandstifterbande ist durch die staatsanwaltlichen Ermittlungen nicht bestätigt worden. Die Aussagen des am 11. Mai d. J. in Schwidberg i. Mecklbn. festgenommenen jugendlichen Landstreichers kann als beweiskräftig nicht angesehen werden, da die Ermittlungen ergeben haben, daß er ein lügendhafter und schwachsinziger Mensch ist. Nach dem Ermittlungsergebnis unterliegt es keinem Zweifel, daß er mit den Bränden nicht in Verbindung steht.“

Für Verstärkung des polizeilichen Schutzes in den gefährdeten Kreisen der Provinz Pommern ist gesorgt.“

Die Finte von dem kommunistischen Brandstifterzuge hat die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich selbst nicht geglaubt. Wenn sie trotzdem in die Welt gesetzt wurde, so lediglich, um die Bauern gegen die Kommunisten und über sie hinweg gegen die ganze Arbeiterbewegung aufzuwiegen. Dazu ist der deutschnationalistischen Presse jedes Mittel recht.

Der Landbund obstruiert.

Die Veröffentlichungen über die Stellungnahme von Organisationen des Landbundes zur Getreidemlage haben den „Patriotismus“ großer Teile der Landwirtschaft bereits zur Genüge gekennzeichnet. Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt jetzt einen neuen Fall von „Patriotismus“ mit. Von den Oberpräsidenten der Provinz Pommern war der Pommersche Landbund zum 11. Juli zu einer Besprechung geladen, in der die Verteilung der Umlage auf die einzelnen Kreise geregelt werden sollte. Das Direktorium des Pommerschen Landbundes lehnte es ab, der Einladung Folge zu leisten und erklärte sich außerstande, an der Durchführung des Umlagegesetzes mitzuwirken.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch andere Provinzialorganisationen des Reichslandbundes das Gesetz in der gleichen Weise sabotieren werden. Das bedingt der „Patriotismus“ der Agrarier, der in der Praxis auf dem Grundsatz: „Erst der Weidbeutel, dann das Leben unserer Volksgenossen“ aufgebaut ist. Was beabsichtigt die Regierung zum Schutze der Gesetze der Republik in diesem Falle zu tun?

Graefe-Goldebee.

In Hamburg wurden bekanntlich vor einiger Zeit mehrfach Bombenattentate auf sozialistische Zeitungen verübt und im Zusammenhang damit eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich — wie erst jetzt bekannt wird — auch ein Student Albrecht v. Graefe-Goldebee.

Der soeben wegen seiner bösslichen Einstellung und aus Solidarität mit dem hinausgeworfenen Major Henning aus der deutschnationalen Partei ausgegrenzte mecklenburgische Abg. v. Graefe, Major a. D. und Besitzer eines „ritterlich-fürstlichen Gutes“, pflegt sich als „v. Graefe-Goldebee“ zu bezeichnen. Es wäre interessant zu erfahren, in welchem Verhältnis dieser deutschnationalistische Abgeordnete und der Hamburger Student zueinander stehen.

Abg. Dießing gestorben. Der frühere württembergische Finanzminister Dießing ist am Dienstag im Böblingen Sanatorium gestorben. Dießing war von 1901 bis 1918 Mitglied des württembergischen Landtags und von 1912 bis zur Revolution auch des Deutschen Reichstags. Er gehörte zur Süddeutschen Volkspartei und später zur deutschnationalistischen Partei. Nach der Umwälzung in Württemberg gehörte er dem ersten Revolutionsministerium als Finanzminister an. Wilhelm Bloß hebt in seinen Erinnerungen Dießings Verdienste um die Neugestaltung der Verhältnisse besonders hervor.

Ministeriums wiederholt unternommen, und meist waren an diesen auch noch Dutzende von anderen Herren, manchmal wohl auch aus dem Polizeipräsidenten, beteiligt. Ob sich darunter gelegentlich auch Herr Professor Brunner befunden hat und ob er sogar einmal mit mir zusammen auf eine der vielen photographischen Platten geraten ist, denen ich als Minister nicht entgegen kam, weiß ich heute wirklich nicht mehr. Ich habe von Herrn Brunners Aussehen nicht mehr die leiseste Vorstellung. Das alles tut aber gar nichts zur Sache. Verhandelt habe ich mit Herrn Brunner jedenfalls nur jenes einzige Mal im Kultusministerium, und zwar ausschließlich über die damals im Parlament zur Erörterung gestellte Frage, wie die Schuljugend vor der Verführung mit pornographischem Schund zu bewahren sei. Ueber Kunstfragen ist dabei mit keinem Worte gesprochen worden.

Wenn Herr Brunner — in lustigem Widerspruch zu seinen späteren Ausführungen — eingangs seiner sogenannten Berichtigung bestritt, daß er sich im „Aufruf“ als mein Berater in Kunst- und Kulturfragen ausgespielt habe, so stelle ich dem einfach folgenden Sach seiner gegen mich gerichteten Artikel entgegen: „Herr Haenisch hat als Kultusminister von mir eine Beratung in Kunst- und Kulturfragen als persönliche Gefälligkeit erbitten, die ich ihm selbstverständlich erwidern habe.“

Das ist und bleibt unwahr. Nicht über Kunstfragen habe ich mich von Herrn Brunner belehren lassen, sondern über die Bekämpfung der Pornographie, soweit sie die Schuljugend gefährdete. Ich gebe es aber jetzt auf, Herrn Brunner die Unterschiede zwischen diesen beiden Dingen klar zu machen, die mit einander nichts, aber auch gar nichts zu tun haben.

Konrad Haenisch.

Die Mormonen haben der Bielsche entsagt. Die zurzeit in England befindlichen Sendboten der Mormonen sehen sich einer Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber, die durch die Mitteilung, daß die Mormonen nach England gekommen sind, um junge Mädchen in das gelobte Land der Bielsche zu verschleppen, aufs äußerste erbittert ist. Zur Chrenrettung der noch seiner Meinung zu Unrecht angegriffenen Mormonen hat der Sekretär des Arbeiterverbandes von Utah zur Feder gegriffen, um in der New Yorker „Nation“ feierlich zu erklären, daß seit zehn Jahren die Bielsche weiberei tatsächlich nicht mehr besteht. Die Polynamie hat heute den sogenannten „himmlischen Ehen“ Platz gemacht, da nach dem Glauben der Mormonen erst nach dem Tode die Glückseligkeit erreicht wird, und zwar durch das Mittel der Bielsche, so gibt es im Mormonenstaat nicht wenige Männer, die sich, um sich des Rechts auf die himmlische Glückseligkeit nicht zu berauben, bereits verlorbene Frauen als Ehefrauen haben antworten lassen. Dabei geschieht es auch, daß eine Verlorbene mehreren Ehemännern zugleich angetraut wird. Es handelt sich in Wahrheit um einen frommen Betrug, für den die Befestigung der Bielsche den Boden geschaffen hat, und durch den sich der pfiffige Mormone das Himmelreich zu sichern gedenkt.

Für die Goethe-Bühne sind unter anderem folgende Künstler verpflichtet worden: Bruno Decarli, Otto Heim, Hedwig Paul, Eduard von Winterstein. Als Dekorationsmaler und künstlerischer Berater für das Ausstattungsgewerbe ist Georg Rühle, als Beleuchtungsinspektor Oberingenieur Karl Krüger gewonnen worden.

In Luft und Sonne.

Zu den wichtigsten Errungenschaften, die die Revolution den Arbeitern brachte, gehört außer dem Achtstundentag auch der Genus von Ferien, deren sich jetzt diese Angestellte und Arbeiter erfreuen.

Einen willkommenen Erfolg für den Großstädter bilden die Luftbäder, die leider noch viel zu wenig beachtet werden. Es ist merkwürdig, daß Licht, Luft und Sonne, die doch die eigentliche Grundlage des Lebens bilden, bei uns erst so spät in Anwendung gekommen sind.

Berlins Luftbäder.

Wer sich einen größeren Ausflug ersparen will, hat auch in Groß-Berlin Gelegenheit, ein Luftbad zu nehmen. Da weder das „Drehbuch für Berlin und seine Vororte“, noch der „Straßenführer durch Berlin und Vororte“ ein Verzeichnis der Luft- und Sonnenbäder aufweisen, seien nachstehend die hauptsächlichsten mitgeteilt.

In Neukölln besitzt der Verein für naturgemäße Lebens- und Selbsthilfe Berlin-Süd (früher Neukölln) ein Luftbad in der Halenheide am Tempelhofer Feld in den ehemaligen Schießständen, Eingang Karlsplatzstraße, Neukölln. Eintritt für Gäste 3 M.

Die „Deutsche Luftbädergesellschaft G. V.“ (Vorf. Käfers, Berlin S. 42, Brandenburgstr. 8) hat für ihre Mitglieder kürzlich in einem westlichen Vorort ein neues Luftbad eingerichtet.

Dem Verein für Gesundheitspflege ist es gelungen, auf dem Südgelände Schönbergs, in der Nähe der Bahnhöfe Südende und Mariendorf, ein Luft- und Sonnenbad einzurichten, das im vorigen Jahre eröffnet ist.

Auf dem Dache des vorbildlich eingerichteten Stadtbades Neukölln in der Banghofstraße 3/5 befindet sich ein Luft- und Sonnenbad mit kaltem und warmem Brausen, Rasenflächen, Turngeräten usw. Hier kann man also mitten in der Stadt neben dem Schwimmbad (2,50 M.) auch ein Luft- und Sonnenbad (2,50 M.) nehmen.

Man beachte jedoch, erst nehme man das Schwimmbad, dann lasse man das Luftbad folgen. Das Luftbad ist von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet. In Treptow ist in der Neuen Krugallee 88 ebenfalls ein Luftbad. Denken wir unsere Schritte nach Norden, so haben wir in dem freundlichen Vorort Dranienburg gleich zwei Luftbäder; eins davon liegt in der Vegetationszone „Eben“ bei Dranienburg, das andere neben dem Schäfershaus. In Pankow in der Eisenbahnstraße auf dem Wege nach Schönholz ist das Luft- und Sonnenbad des Vereins der Eisenbahner, wo auch Gäste Zutritt haben.

In den westlichen Vororten haben wir ebenfalls mehrere Luftbäder. Das schönste, das Luftbad des Vereins für Körperkultur, befindet sich am Bahnhof Lichtkamp; dort ist auch Gästen der Zutritt gestattet.

Wer nach Friedrichshagen fährt, hat an dem weiten Gestade des Müggelsees reichlich Gelegenheit, außer dem Seebad auch in Licht, Luft und Sonne zu haben. Wenn der Trübel aber hier zu groß ist, kann in dem idyllisch gelegenen Luftbad Friedrichshagen haben an dem Wege zur Rassensteiner Mühle hinter dem Kurpark, an den Köpenicker Erbwiesen, im Gehölz der Försterei Krummendamm.

Für Ausflügler seien noch einige Luftbäder außerhalb Groß-Berlins empfohlen. Ein Luftbad mit Strand ist in Falkenhagen, am Falkenhagener See, hinter Spandau, Station Seegesfeld, errichtet.

Das Luftbad in Treptow an der Eisenbahnbrücke Treptow-Strolow ist auch mit Luftbadeeinrichtungen versehen. Ebenso befindet sich im Stadion Lichtenberg ein Luftbad. Bei einem Ausflug nach Biesdorf-Süd haben wir Gelegenheit, das auf dem Gelände der

Terraingesellschaft von Nieschke u. Nischke gelegene Luftbad zu benutzen, 1/2 Stunde vom Bahnhof Sadowa.

Baderegeln.

Für Anfänger geben wir nachstehend noch einige Baderegeln für das Lichtluftbad, die sich in jahrelanger Praxis bewährt haben. Neulinge setzen sich oft anfangs zu lange der Sonne aus, so werte Entzündungen der Haut sind oft die Folge hiervon.

Das Lichtluftbad kann bei jeder Temperatur genommen werden, also nicht nur bei warmem Wetter und Sonnenschein, sondern auch an kühlen und trübigen Tagen. Anfänger sollen sich in der warmen Jahreszeit an das Lichtluftbad gewöhnen. Sie sollen an windstillen Tagen beginnen und an windgeschützten Stellen baden. Man bade nicht unmittelbar nach der Hauptmahlzeit, also erst etwa 1 bis 1 1/2 Stunden später. Nachdem man sich entschlossen hat, soll man sich sofort kräftig bewegen (laufen, springen, turnen, spielen, graben oder mit den Händen die Haut reiben), so fühlt man sich leichter und die Luft ist, um so lebhafter. Man bleibe nur solange entleidet, als es behaglich ist; bei kühlem Wetter und bewegter Luft bade man nur wenige Minuten. Bei hochstehender Sonne — im Hochsommer also zwischen 9 und 4 Uhr — sind Kopf und Nacken durch Strohhüte, dicke Schleier gegen die Sonnenstrahlen zu schützen. In der Sonne ist nach 10 bis höchstens 15 Minuten Lage oder Stellung zu wechseln. Sonst treten bei Anfängern (mit weißer, verwöhnter Haut) Hautentzündung, Rötung, Blasen (Sonnenbrand) auf. Leiden, besonders Nierleide, dürfen Sonnenbäder nur auf Anordnung des Arztes nehmen. Entzündet sich die Haut trotz der geratenen Vorsicht (möglichst nur bei sehr empfindlichen Personen), so nehmen diese die nächsten 2 bis 3 Luftbäder mit dem Hemd bekleidet und waschen die Hautstellen mit temperiertem Wasser zuweilen ab. Tritt nach den ersten Lichtluftbädern nichts starkes Hautjucken, Brennen oder Fieber ein, ein Zeichen, daß man die Bäder übertrieben hat, so höre man nicht gänzlich auf, denn diese Erscheinungen sind durch leichte Waschungen mit (25 bis 28 Grad Celsius) temperiertem Wasser zu beheben. Will man ein Wasser-Schwimmbad nehmen, dann tue man es sofort nach dem Entleiden. Darauf sofort abtrocknen. Nie im nassen Badeanzug umhergehen und stehen, sondern das Badezeug wechseln! Nun erlaube man das Luftbad folgen. Während des Lichtluftbades soll man möglichst nicht essen, sondern nach dem Bade. Nur wirklicher Durst ist jederzeit mit kühlem Wasser zu stillen, jedoch sind erregende (alkoholische) Getränke zu meiden. Besonders geistige Getränke, die oft sofort nach dem Bade zur Erwärmung genommen werden, machen seinen Nutzen ganz illusorisch.

Man lege die Luftbäder ruhig auch in der kühler werdenden Jahreszeit fort. Luftbaderbereiten bereiten sie auch im Winter, selbst bei Temperaturen unter 0 Grad, großes Behagen. Nur ist hier ständig zu merken: Je kälter die Luft, desto kürzer das Bad, desto stärkere, körperliche Bewegung.

Dreierlei Menschen.

Jetzt gibt es, in Ansehung der besonderen Wetterlage, drei Sorten von Menschen. Die einen sind jene, die ihre Ferien oder ihren Urlaub schon hinter sich haben. Ob es regnet und die Donner trassen oder ob die Hitze den Asphalt in Gummi verwandelt, ihnen ist es wurscht, piepe oder schnurz. Sie haben alles, was zwischen 60 bis 150 Mark Pensionspreis an Genüssen möglich war, durchgeföhrt, sie sitzen schon wieder mitten in der Arbeit drin, deren Ende erst weit in 1923 abzusehen ist. Also, was kümmert sie das Wetter? Sie haben den londsüßlichen regendichten Stock und ihren Tobak, um den Weg zwischen Heim und Arbeitsstätte auch im Regen abzukürzen. Die zweite Sorte Menschen sind jene bedauernswerten Geschöpfe, die in diesem Augenblick irgendwo draussen am „Busen der Natur ruhen“ und sich dabei gemäß der über ziemlich ganz Norddeutschland reichenden Wetterlage einen eiligen Schnaps nach dem andern holen. Mit Kesseln sehen sie, wie der Juli und das Biergeld abnimmt, der August naht und wie das schöne Wetter seiner Pflerungspflicht in dieser Jahreszeit einfach nicht nachkommt, sondern die Menschen darben läßt. Man möchte sich ihnen mit jenem schönen auf Postkarten und Wandplacäten gedruckten Trostwort nahen, ohne das heute kein tüchtiges Mägdlein mehr auskommt: Hab Sonne im Herzen! Aber die Gefahr, gehörig abzufallen bei all denen, die Sonne auf der Haut lieber haben als im Herzen, ist doch

zu groß, als daß man es im Ernst riskieren dürfte. Nun sitzen die Armen an der See und in den feuchten Wäldern und stieren hoffnungslos in die Zukunft. Wenn das so mit dem: Regen und alle Tage Regen! weitergeht, dann kommt die Sehnsucht nach dem Berliner Heim und sie segnen den Tag, der sie wieder heimfährt. Na dem Tage aber, an dem für 365 weitere Tage die Freiheit wieder einmal zu Ende ist, an dem Tage wird genau zu der Minute, wo sich der Zug zur Fahrt nach Berlin in Bewegung setzt, die Sonne hervorbrechen, die Wolken werden sich zerlehen und von Angermünde bzw. Kottbus bzw. Brandenburg bzw. Ludenwalde werden die Geprellten das seltene Glück genießen, unter einem herrlich wolkenlosen goldig schimmernden Abendhimmel wieder in Berlin einzuziehen. Dann ist es natürlich vorbei, dann haben sie verpielt für dieses Jahr und das höchste der Gefühle wird sein, daß sie nach Wannsee oder Tegel zum Freibad hinausfahren oder ein nervenstärkendes Luftbad nehmen, oder daß sie, mit fähigem Optimismus Berlin als Kurort bezeichnend, in den Zoologischen Gärten wackeln und dort nach ärztlicher Verordnung alle jene heil- und gesundheitsbringenden Brunnen trinken, die man neuerdings — was ganz erstaunlich ist — dort bekommen kann.

Und wenn die Wurstigen Tag für Tag in die Arbeit trotten, wenn die Geprellten jeden schönen Tag, den sie in geschlossenen Räumen verbringen müssen, erwünschten, dann ist die Zeit für die dritte Sorte Menschen gekommen, die heute noch daheim und mit den Händen bei der Arbeit, aber mit den Gedanken schon weit weg wie weit sind. Das sind die wahrhaft Glücklichen, und ihnen steht noch alles bevor. Alle Tage packen sie etwas, um am Tage der Abfahrt nur ja nicht den Zug zu veräumen. (Sie veräumen ihn bestimmt!) Und wenn es jetzt Gleichmäßig regnet, so sind sie überglücklich, denn sie sagen sich ganz einfach: Laß regnen! So kann es ja doch nicht mehr lange regnen. Es regnet sich eben ab und wenn ich Jahre, ist das herrlichste Wetter.

Verstärkung des polizeilichen Straßendienstes.

Auf Anordnung des Ministers des Innern findet vom 1. August ab eine Verstärkung des Straßendienstes der Schutzpolizei statt. Die Beamten auf den Polizeirevierern werden erheblich vermehrt, wodurch zum Teil eine anderweitige Verwendung und Belegung von Dienststellen des Volkspolizeistandes eintritt.

Die Umgestaltung erfolgt zunächst im Bereich der Polizeiamter Mitte, Tiergarten und Prenzlauer Berg. Diese Nachricht wird von der durch viele nächtliche Überfälle aus schwerer Unruhe gequälten Bevölkerung mit größter Genugtuung und Befriedigung aufgenommen werden.

Neues zum Fall Kähne.

Treibereien gegen den Hauptzeugen.

Zu der Verhaftung des Hauptmanns v. Kähne kommen neue alarmierende Nachrichten aus Pölow, die mit dem Zeugen Rehfeldt zusammenhängen, der sich bekanntlich jetzt gemeldet hat und angibt, er sei mit dem ermordeten Gehilfen Laake zusammen gewesen, habe die Schiffe und das Geschrei des Getroffenen gehört und sei dann gleich danach auf der Chaussee Pölow-Berlin dem v. Kähne begegnet, der ihn fragte, ob er schreiben gehört hätte. Bekanntlich wurde auf diese Zeugnisaussage hin v. Kähne zusammen mit seinem damaligen Förster Lacher verhaftet. Nunmehr scheint es aber von allerlei im dunkeln arbeitenden Leuten darauf abgesehen zu werden, den Zeugen Rehfeldt ungläubhaft zu machen. Schon hat man den bei dem Maurermeister Kordes in Potsdam beschäftigten K., der gerade in der Jägerkaserne arbeitete, aus seiner Arbeitsstelle hinausgegrault, so daß K. sich bei Kordes seine Bücher ausshändigen ließ. Aber leider hat auch der Untersuchungsrichter Dr. Köhler zur Beunruhigung in dieser Hinsicht Anlaß gegeben, sobald er von dem musterfähig objektiv vorgehenden Ersten Staatsanwalt Gerlach die Sache v. Kähne übernommen hatte. Vorher hatte Herr Dr. Köhler, obwohl er genau wußte, daß auf besondere Anregung des preussischen Justizministeriums der Kriminaloberwachmeister Busdorf die Sache v. Kähne zu bearbeiten und aufzuklären hatte, jetzt wieder die dortige Gendarmerte mit der Untersuchung betraut, dieselben Gendarmen, die damals bei der Auffindung der Leiche des jungen Laake völlig versagt haben. Außerdem aber hat die Einvernahme des Kronzeugen Rehfeldt durch den Untersuchungsrichter nicht in der Art stattgefunden, wie es zu wünschen gewesen wäre. Es war nämlich zur Sprache gekommen, daß der ermordete Laake dem Rehfeldt eine Flügelfeule, wahrscheinlich zum verbotenen Fischen,

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Die Höhle scheint leer zu sein.“ murmelte der Arzt. „Ob Fallin uns nur richtig geführt hat?“ flüsterte der Bankdirektor.

Das Licht der Petroleumlampe durchhellte mit einem mattgelben Schimmer den Raum, in dessen Mitte ein runder Tisch mit den dazu gehörigen vier Stühlen stand, während in der einen rückwärtigen Ecke eine Wendeltreppe ihr hölzernes Schneidengewinde aufwärts drehte; rechts war ebenfalls eine Tür vorhanden, und unweit davon stand eine breite, plumpe Kommode, auf der ein Samowar saß, über dem an der Wand ein Heiligenbild angebracht war.

„Der heutige Nachmittag erinnert mich an eines meiner interessantesten Erlebnisse, das allerdings schon zehn Jahre zurückliegt und das ich den Herren unbedingt erzählen muß.“ ließ Ludolin sich vernehmen, der alle Anstalten traf, eine längere Erzählung zu beginnen. Garbislander schnitt ihm jedoch rücksichtslos das Wort ab. „Wir müssen Sie dringend bitten,“ sagte er, seine innere Erregung mit Mühe meistend, „Ihre Reminiszzenzen vorläufig zu unterdrücken.“

Fallin war unterdessen nahe an den Mittelstisch herangekommen, während die übrigen noch immer im Türschwanzlicht zusammengefaßt standen.

Ein eiliger Windstoß segte in den Raum und ließ das Licht unruhig flackern.

Der Präfekt zog die Tür hinter sich zu.

„Wir warten noch eine Weile, um hierauf mit der Hausdurchsuchung zu beginnen,“ sagte er zu den beiden Agenten, die weiterer Befehle gewärtig waren.

„Es scheint wirklich niemand zu Haus zu sein.“ flüsterte der Bankdirektor.

„Doch...“ erwiderte der Kommissär Sjubatschow. „Im Ofen brennt ein Feuer.“ Er wies auf den glühigen Schein, der aus dem in der Ecke neben der Tür stehenden eisernen Ofen fiel.

„Was mir da einfällt,“ sagte Dr. Jordan lächelnd und ergriff Garbislanders Arm, der unter dieser Berührung heftig zusammenzuckte. „Um Ihnen eine Freude zu bereiten,

will ich Sie darauf aufmerksam machen, daß unsere Anwesenheit, die Tatsache, wie wir uns hier zusammengefunden haben, unlegbar an die letzte Szene Ihres „Werwolf“ erinnert... Da hätten wir, wenn man von den geringfügigen (szenischen) Abweichungen absieht, den dritten Aktabschluss kopiert. Bloß die Wendeltreppe ist von Ihnen nicht vorgeschrieben worden... Aber das können Sie ja im Interesse späterer Aufführungen nachtragen.“

Ein Geräusch, das von oben her kam, wurde hörbar, so daß die Wartenden die Köpfe aufwärts drehten, ohne die Ursache entdecken zu können. Eine Tür knarrte in den Angeln, und schwere Schritte ertönten. Stiefelsohlen knarrien auf hölzernem Untergrund.

Der Präfekt sagte Garbislanders Arm und warf zugleich den beiden Agenten einen Blick zu, der einer Aufforderung gleichkam, sich bereitzuhalten.

Einer kam die Treppe herabgestiegen. „Jesus, Maria...“ flüsterte der Bankdirektor, da die Agenten ihre Revolver herorgezogen hatten.

Fallin stand, hochaufgerichtet mit wagrecht nach vorn gestreckten Armen im Raum.

Der Lichtschein der Lampe fiel auf sein todblaues Gesicht, dessen Augen, unnatürlich vergrößert, weltaufgerissen waren.

Einer kam die Treppe herabgestiegen.

Langsam, zögernd, zwischen zwei Schritten je eine breite Pause haltend.

Das Geländer verbarg ihn, und bloß seinen huschenden Schatten sah man.

Er selber wurde erst sichtbar, als er auf der letzten Treppenstufe stand und sein Antlitz den Wartenden zugekehrt hatte.

Einer schrie auf — es war Dr. Jordan. „Albert Reuß!“ rief er.

„Albert Reuß!“ rief auch der Präfekt.

„Nein,“ entgegnete Garbislander, dessen Stimme von einer selbstamen Kraft erfüllt war, „Richard Krafft! Der Werwolf! Was sagen Sie jetzt, Herr Doktor!“

Nach einer schrie auf: Richard Fallin, der die Arme hoch in die Luft warf und hierauf, aufklatschend, quer über den Tisch fiel.

Im Treppenausgang aber stand, einem heidnischen Schrittwert gleichend, unbewegt wie ein Götzenbild, Albert Reuß, der die Maske und das Kostüm des Richard Krafft trug, der

genau so angetan war, wie er die Garderobe des Deutschen Theaters verlassen hatte, dessen Haar schwarz über der gelben Fläche eines völlig veränderten Gesichts stand, aus dem alles Leben entwichen schien.

In der nächsten Sekunde lösten seine Züge sich aus der Erstarrung, und ein böses, höhnisches Lächeln glitt darüber hin. „Kommt ihr mich holen...?“ zischte er den atemlos verharrenden Männern entgegen. „Seid ihr da, Schergen einer unnützen Tugend, die sich die Gerechtigkeit nennt? Habt ihr euch beraten, meine letzte Stunde vorzubereiten und meinem Hals den Strick zu drehen? Ich aber, der ich einsam gewesen bin mein Leben lang und dem ein fluchwürdiges Schicksal den einzigen Menschen entrissen hat, der mir treu gewesen ist, ich lehne euch und euz Gemeinschaft, eure Hilfe will euren Hah ab, ich stoße euch von mir und gehe meinen Weg allein zu Ende...“

„Was funktelt eigentlich in seiner Hand...“ murmelte der Präfekt.

„Man kann bei dem Licht so schlecht sehen...“ flüsterte der Bankdirektor.

„Es ist ein Dolchmesser...“ sagte Garbislander.

„Garbislander!“ rief Dr. Jordan. „Garbislander! Er deklarieren die letzte Szene des „Werwolfs“.“

„Er wird sich etwas antun!“ rief der Schriftsteller.

„Man muß das unter allen Umständen zu verhindern trachten...“ wendete Ludolin sich an die beiden Agenten, die im Begriff waren, sich nach vorn zu stürzen, von Doktor Jordan jedoch noch rechtzeitig zurückgehalten werden konnten, da die Tür rechts sich in diesem Augenblick öffnete, in deren Rahmen eine Mädchengestalt sichtbar wurde.

„Leonore...“ rief Dr. Jordan.

„Nein...“ entgegnete Garbislander, „sondern Erifa Dieb!“

Sein Blick ließ Albert Reuß nicht los.

Er sah den endlich wiedergekehrten Freund, sah zugleich das Dolchmesser in seiner Hand, erkannte die Gefahr, wußte, daß der Werwolf mit dem Freitod enden mußte, den er selbst ausgedacht und vorgeschrieben hatte, befürchtete im Innern seines Herzens, daß, ehe das Ziel erreicht war, in der ersten Sekunde gleichsam, ein großes Unglück geschehen würde, das um jeden Preis verhindert werden mußte... (Fortsetzung folgt.)

„Die rächende Hand“.

Ein neuentdeckter Geheimbund.

Altona, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der hiesigen Polizei ist es gelungen, durch Aufdeckung einer Geheimorganisation weitere Putschpläne rechteradikaler Kreise zu verhindern. Es war aufgefallen, daß viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Ein Rittmeister Koben, Altona, soll sie herbeigeholt haben. Koben war Adjutant des Fürsten Awaloff-Bermond, war am Rapp-Putsch beteiligt, gehörte später der Brigade Ehrhardt an, floh dann nach Ungarn und trat später der Orgeßch bzw. dem Oberschlesischen Grenzschutz bei. Koben war jetzt der Leiter der Geheimorganisation, die in Altona aufgedeckt wurde und zur Verhaftung einer größeren Anzahl von Beteiligten führte. Sämtliche Geheimbündler, die bisher festgenommen wurden, sind frühere Freikorpsleute. Zweck der Geheimorganisation war der Sturz der Regierung und damit der Republik. Die Organisation trug den Namen „Die rächende Hand“. In dem beschlagnahmten Statut heißt es u. a., daß die Errichtung der Monarchie die Hauptaufgabe sei und daß anschließend die Einsetzung eines deutschen Fürsten frei von fremder Blutmischung erstrebt werde. Das Jubentum müsse gestürzt werden, um die deutschen Lande wieder freizumachen für ein einziges Volk und Germanentum. Der Polizei sind genaue Angaben über die Verzwägung der Organisation in Deutschland in die Hände gefallen. Auffallend ist, daß sehr viele russische Monarchisten hauptsächlich an der Leitung beteiligt sind.

Die KPD Konterrevolutionär.

Nur die KPD. Berliner Richtung echt!

Die „Komm. Arbeiterztg., Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin“, wendet sich mit großer Heftigkeit gegen die KPD, die sie ankündigt, daß sie demnächst „von der Geschichte auf den Schindanger geworfen werden“ müsse. Die KPD mißbrauche ihre Phrasen und das russische Geld für ihre konterrevolutionären Zwecke. Sie, die sich jetzt anschieße, die Erbschaft der USP anzutreten, sei noch viel schlimmer als die USP. Darüber heißt es weiter wörtlich:

Für die „Bannerträgerin“, die Partei der „Verankerung“, kommt neuer Ersatz, mehr als Ersatz. Es ist eine Lebensfrage für die deutsche Revolution und das deutsche Proletariat, aus dem Betrug der Einheitsfront wenigstens zu lernen, daß die beginnende Klärung nicht unterbrochen werden darf von einer Partei, die nur der Ausdruck des verfaulenden kapitalistischen Kadavers ist.

Die Diktatur des Proletariats wird zuerst aufzuräumen haben mit denen, die sich zur Aufgabe setzen, den Kommunismus zu diskreditieren und seinen Namen zu schänden.

Die „Diktatur des Proletariats“ wird also zu allererst mit der KPD aufräumen, dann mit der USP, und mit der SPD. Darüber wird einige Zeit vergehen, und am Ende kommt das Militär und stellt die Ordnung wieder her, bevor mit dem Kapitalismus ausgeräumt ist. Einstweilen aber darf man mit Vergnügen anerkennen, daß der KPD-Kommunismus über den SPD-Kommunismus genau so gut schimpfen kann, wie er selber über alle andern schimpft.

Wilhelm klagt.

Bismarcks Entlassung vor Gericht.

Vor einem Berliner Zivilgericht wurde am Dienstag der Prozeß des früheren Kaisers gegen den Schriftsteller Emil Ludwig verhandelt. Der letztere hat den Konflikt zwischen dem Kaiser und Bismarck zu einem Schauspiel verarbeitet, in dem er die damals politisch hervortretenden Personen auf die Bühne bringen will. Wilhelm von Doorn hat nun augenscheinlich ein Interesse daran, die Rolle, die er als Kaiser spielte, nicht in ihrer pathetischen Hohlheit von anderen auf der Bühne agieren zu lassen. Er hat deshalb durch die Rechtsanwälte Dr. Frankfurter und Wolff Klage auf Unterlassung gegen Dr. Ludwig erhoben. Vor Gericht haben sich die Rechtsanwälte mit dem Verteidiger Ludwigs, Grünspach, sehr eingehend über die Geschichte der Entlassung Bismarcks, über das Recht der Persönlichkeit und das Recht des Autors, Persönlichkeiten auf die Bühne zu stellen, unterhalten. Zu einer Entscheidung ist es noch nicht gekommen. Als Termin zur Verlesung der Entscheidung wurde der 8. August festgesetzt.

Die Witwe des früheren Staatssekretärs v. Bütticher fühlt sich durch das Drama beleidigt, weil in ihm eine Bemerkung der Frau v. Bismarck wiedergegeben wird, daß sie die Frau v. Bütticher nicht empfangen wolle. Deshalb klagt auch sie auf Verbot des Stückes. Man sieht, daß die Sorgen dieser Herrschaften in der Gegenwart recht erheblicher Art sind.

Der preußische Disziplinarhof.

Für den laut Beschluß des Preussischen Landtages zu errichtenden Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten sind, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, die folgenden Herren bestimmt worden: Vorsitzender: Senatspräsident Meyer — Kammergericht. Mitglieder: Kammergerichtsrat, Geh. Justizrat Sothan, Kammergerichtsrat Freymuth, Kammergerichtsrat Prof. Dr. Alee, Kammerger.-R. Dr. Kochne, Ministerialrat Dr. Wadi (Min. d. Inn.), Ministerialrat Geh. Finanzrat Dr. Gult (Finanzminist.), Ministerialrat Dr. Hübenet (Minist. f. Handel u. Gew.), Min.-Kanzleisekretär Döhl (Minist. für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten), Justizoberrentmeister Henry (Verichtskasse Berlin-Weidling), Ministerialamtsgehilfe Schade (Finanzministerium).

Schiedspruch für die Berliner Straßenbahner

Der im Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichtungs-ausschuß unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs a. D. v. Moellendorff und dem Arbeitgeberbeisitz der Herren Generaldirektor Schrimpf der Allgem. Lokal- und Straßenbahngesellschaft, Regierungsrat Dr. Westphal, Direktor der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft, Dr. Vollbrecht, Deputiert des städtischen Tarifamts, und dem Arbeitnehmerbeisitz der Herren Detmann, Hiller und Strehlow vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, fällt folgenden Schiedspruch bezüglich der Sonderregelung des Arbeitsverhältnisses der Fahrer und Schaffner und der Preisfahrten des gesamten Straßenbahnpersonals. Der Spruch wurde mit der Stimme des Vorsitzenden der Arbeitgeberbeisitzer gefaßt.

Nach einer Stunde Fahrzeit werden normal 10 Minuten Haltezeit als Dienstzeit berechnet. Ergibt sich aus den Fahrplänen mehr oder weniger als die normale Haltezeit, so erfolgt innerhalb eines Bahnhofes Aufrechnung gegeneinander. Ueberhörsfälle werden ebenfalls als Arbeitszeit berechnet.

Der beantragte Ausgleich für das Abholen des Lohnes in der freien Zeit und für den sogenannten 365. Tag wird nicht gewährt.

Im Straßenbahnbetriebsdienst werden Zugverspätungen nur dann als Ueberhörsfälle bezahlt, sofern die Verspätungen über 15 Minuten betragen.

Alle Arbeit an jedem einmal festgesetzten Dienstfeiertage sowie alle planmäßige Nacharbeit wird mit einem Lohnzuschlag von

66% Proz. vergütet. Für planmäßige Nacht- und Sonntagsarbeit wird kein Lohnzuschlag gezahlt. Bei mehr als vierstündigen Dienstleistungen an dienstfreien Tagen wird ein neuer freier Tag gewährt.

Der § 8 des Montellarifens (Wochenfeiertage) findet keine Anwendung.

Freifahrt wird gewährt: a) für alle Fahrten nach und von der Dienststelle, b) für alle Fahrten in Uniform, c) für mindestens monatlich 10 Preisfahrten, die das uniformierte Personal ohne Uniform zurücklegt, d) für mindestens monatlich 20 Preisfahrten, die das nichtuniformierte Personal zurücklegt, e) auf Grund von Ausweisen für Zuführung von Essen an das Straßenbahnpersonal, und zwar im Rahmen der bisherigen Berechtigung.

Das Warschauer Protokoll.

Die deutsch-polnischen Vorbesprechungen in Warschau haben am 20. Juli d. J. zur Unterzeichnung eines Protokolls geführt, das folgenden Inhalt hat:

1. Deutschland und Polen haben sich über ein Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen geeinigt. Aus den 25 Punkten dieses Programms seien hervorgehoben die Frage der Liquidation deutschen Eigentums in Polen, die Fragen, die sich aus Artikel 256 des Friedensvertrags (Uebergang des deutschen Staatseigentums an Polen) ergeben und unter die besonders auch die durch das polnische Vorgehen gegen die Ansiedler entstandenen Fragen fallen; zahlreiche Abrechnungsangelegenheiten und Entschädigungsansprüche Polens an Deutschland und umgekehrt, Wirtschaftsabkommen, Liquidation des polnischen Rotoriums und Regelung der aus dem polnischen Salutengesetz vom 20. November 1919 sich ergebenden Fragen, Regelung der Militär- und Zivilpensionen und zahlreiche andere Fragen.

2. Bezüglich der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln fixieren, die anderen Ländern mit niedrigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden. Die Wirtschaftskommission, die bei den Verhandlungen gebildet werden wird, wird die Einzelheiten festsetzen.

3. Deutschland wird davon absehen, von den Pferden, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. Juni 1921 an Polen liefert, diejenigen Pferde zurückzubehalten, die Polen den aus Polen abwandernden Optanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen ein Recht hatte, die Optanten-Pferde zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von der juristischen Kommission entschieden werden, und zwar mit rückwirkender Kraft.

4. Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gestatten; die Einzelheiten werden von der Wirtschaftskommission bei den deutsch-polnischen Verhandlungen festgesetzt.

5. Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bromberger Abkommen vom 2. November 1920, auf Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Zahlungen zu leisten hatte, völlig durchzuführen.

Endlich ist auch ein Reglement für die deutsch-polnischen Verhandlungen vereinbart worden, wonach zunächst sechs Kommissionen gebildet werden sollen. Die Verhandlungen werden am 1. September in Dresden beginnen.

Klärung in Polen?

Warschau, 25. Juli. (WLB.) In der polnischen Ministerkrise ist insofern eine Wendung eingetreten, als das Zentrum sich bereit erklärt hat, sich mit der Linken über die Grundlagen für die Bildung eines aus Vertretern beider Gruppen bestehenden Kabinetts zu verständigen; als künftiger Ministerpräsident wird der frühere österreichische Abgeordnete Dr. Steslowicz genannt.

Poincarés Reise nach London.

Paris, 25. Juli. (WLB.) Einige Morgenblätter veröffentlichen ein Telegramm aus London, wonach Lloyd George im gestrigen Kabinettsrat bei einer Besprechung der bevorstehenden Beratungen mit Poincaré erklärt habe, daß der bisherige italienische Minister des Äußeren Schanze ihn darum ersucht habe, die Zusammenkunft zu verschieben, bis das italienische Ministerium gebildet sei und sein Nachfolger ihr beizubehalten könne. Der englische Ministerpräsident habe die Berechtigung der italienischen Forderung anerkannt, und das Kabinettsrat habe beschlossen, Poincaré erst nach der Bildung des italienischen Ministeriums eine Antwort zukommen zu lassen.

Branting und das Memorandum.

Stockholm, 25. Juli. (WLB.) Nach einem Bericht des Pariser Korrespondenten von „Söderborgs Handelsniedungen“ äußerte Branting in einem Interview mit „Cre Nouvelle“, daß Ebert und Birch ihn bitten, seinen Einfluß bei der französischen Regierung dahin geltend zu machen, daß sie für Deutschlands Zahlungsunfähigkeit Verständnis zeige. Branting fügte hinzu, Poincaré besäße eine genaue Kenntnis der deutschen Zustände. Er zweifle nicht an dem guten Willen der deutschen Regierung, aber beschuldige sie einer zu großen Schwäche gegenüber der Rechten, und wisse genau, daß er alles tun müsse, um die liberalen und friedlichen Elemente Deutschlands zu stützen. Aber wie solle er auf die Okkupation verzichten, wenn die deutsche Regierung sich so schwach zeige.

„Åftandsbladet“, „Stockholms Dagblad“ und „Svenska Dagbladet“ greifen Branting wegen dieser neuen Parteinnahme für die französische Politik an, insbesondere, soweit sie die Okkupationsfrage betrifft. „Svenska Dagbladet“ findet Brantings eigentümlichen Rededrang um so auffälliger, als er während des Krieges eine unglaublich einseitige Empfindlichkeit in Dingen eines vermeintlichen Mangels an Neutralität zeigte.

Bonomis Ministerliste.

Rom, 25. Juli. (E.B.) Dem „Messaggero“ zufolge wird Bonomi das Portefeuille des Auswärtigen für sich behalten. De Rava soll Minister des Innern werden. Amile bleibt Unterrichtsminister; das Kriegsministerium hat Bonomi dem General Kadoglio angeboten. In der neuen Regierung werden noch Soleri, Mauri, Ronchi, Amendola und Paratore teilnehmen. Die Katholiken werden drei Portefeuilles erhalten. Die Glorianten haben heute beschlossen, sich an der Regierung nicht zu beteiligen. Heute abend werden noch die verschiedenen Parlamentariergruppen Sitzungen abhalten. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Liste des neuen Ministeriums dem König morgen vormittag vorgelegt werden kann. Auch Bonomi soll sich in diesem Sinne geäußert haben.

Parteitag der Demokraten. Die Demokratische Partei hält ihren vierten ordentlichen Parteitag vom 8. bis 10. Oktober d. J. in der Stadthalle zu Eberfeld ab.

Amerikanische Einwanderungsorgen.

Die Zulassungsquoten für die Einwanderer.

(F.S.) Für das neue Fiskaljahr (1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923) hat das für Einwanderungsangelegenheiten zuständige Arbeitsdepartement in Washington die Zahl der nach den Vereinigten Staaten auf Grund des für ein weiteres Jahr verlängerten Einwanderungsgesetzes zugelassenen Einwanderer mit 357 903 festgesetzt gegen 355 825 im letzten Fiskaljahr; die Erhöhung ist zurückzuführen auf die neuzugelassene Einwanderung aus Alaska, Hawaii und Portoriko. Die deutsche Quote wurde von 68 089 auf 67 607 herabgesetzt gemäß der Lösung eines Teils von Oberschlesien vom Deutschen Reich, wofür die polnische Quote entsprechend erhöht wurde. Die auf die verschiedenen Länder entfallenden Quoten dürfen nach einer Vertauschung des Departements nicht betrachtet werden, als hätten sie irgendwelche politische Bedeutung oder als involvierten sie die Anerkennung neuer Territorien, Grenzen usw., ausgenommen in Fällen, wo die Vereinigten Staaten bereits solche Veränderungen formell und amtlich anerkannt haben. Die Zahl der aus den wichtigsten Ländern nunmehr zugelassenen beträgt: Oesterreich 7451, Belgien 1563, Tschoslowakien 14 357, Deutschland 67 607, Italien 42 057, Norwegen 12 202, Polen 21 076, Rumänien 7419, Rußland (europäische und asiatische) 21 613, Schweden 20 042, Großbritannien und Irland 77 842, Türkei (europäische und asiatische) 2388, Griechenland 3294, Ungarn 5628 und Dänemark 5619.

Wirtschaft

Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg.

Seitdem durch den Friedensschluß im Osten und Westen vom Deutschen Reich wesentliche und wertvolle Bezirke abgerissen sind, hat das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet mit seinen reichen Braunkohlen- und Kalisphägen, mit seiner erheblichen landwirtschaftlichen Produktion und seiner ausgedehnten Industrie für die deutsche Gesamtwirtschaft außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Schon während des Krieges wurden in diesem Gebiete neue industrielle Riesenanlagen errichtet und nach Kriegsschluß hat industrielle Betriebsamkeit hier im Herzen Deutschlands weitere Großbetriebe erstehen lassen.

Die Stadt Magdeburg, eine der wichtigsten Binnenhäfen, hat durch die von ihr veranstaltete Mitteldeutsche Ausstellung Magdeburg, nach den Anfangsbuchstaben, mit neuerdings üblich, in „Mama“ abgekürzt, der Bedeutung des mitteldeutschen Wirtschaftsgebiets eine weithin sichtbare Stätte bereitet. Ursprünglich war die Ausstellung hauptsächlich als eine solche für Siedlung und Bauwesen und für soziale Fürsorge gedacht. Während der Vorbereitungen ist sie indessen über das ursprünglich gesteckte Ziel weit hinausgewachsen. Sie umfaßt heute fast alle Gebiete der menschlichen Arbeit und Kultur. Anfassungen von den Schätzen, die, aus der Erde geholt, der Industrie belebende Kraft geben, bis zu der feinsten und vollendetsten Technik in der Verarbeitung von Holz, Eisen und anderen Rohstoffen. Wie das Verkehrswejen durch systematische und schematische Darstellung des großen deutschen Kanalnetzes und der Eisenbahntechnik ein plastisches Bild von ungeheurer Fleiß und Erfinderehre gibt, so zeigt die Abteilung für Siedlung nicht nur aus Mitteldeutschland eine solche Fülle von genossenschaftlicher Heimstättenwirtschaft, daß schon sie allein die interessierten Besucher auf lange zu fesseln vermag.

Ein ganz besonderen Reiz übt die Ausstellung für deutsches Siedeln und Wandern im Auslande aus, die die deutschen Auswanderer und ihre Wirksamkeit in den fernsten Teilen der Welt aufzeigt. Eine andere Abteilung ist besonders der Kommunalwirtschaft und der Technik der Gas- und Elektrizitätswerte gewidmet. Wieder eine andere zeigt das weite Gebiet der Bearbeitung von Stahl und Eisen, daneben ist eine für Heimkultur, abermals eine andere, die der landwirtschaftlichen Produktion und Organisation gewidmet ist. Die besondere Ausstellung für soziale Fürsorge lenkt den Blick auf die Schattenseiten des Systems, dessen Licht durch die Hallen der Produktion ausgestrahlt wird. Hier finden wir wertvolle Darstellungen der Volkstrankheiten aller Art, der Krüppelfürsorge und all der Bestrebungen, den sozialen Schäden durch menschliche Arbeit zu begegnen.

Der Gesamteindruck der Ausstellung ist ein solcher, daß man nicht mit Unrecht für sie die Bezeichnung aus einer Ausstellung des Wiederaufbaues geprägt hat. Sie will zeigen, wie in Deutschland trotz aller Bedrückungen die Kräfte angespannt werden, um neue Werte für Gegenwart und Zukunft zu schaffen. Außerlich ist die auf der wundervollen Elbinsel „Rotes Horn“ übergebrachte Ausstellung durch die lebhaftesten Farben gekennzeichnet, durch deren Anwendung der bekannte Berliner Architekt Bruno Taut, seit einigen Jahren als Stadtbaurat in Magdeburg tätig, der Stadt die Bezeichnung einer bunten Stadt verschafft hat. Das Interesse, das dieser Ausstellung entgegengebracht wird, lenkt gleichzeitig auch die Aufmerksamkeit auf die Stadt selbst, die durch Jahrhunderte preussischer Kompromißwirtschaft in ihrer Entwicklung künstlich beengt worden ist, die aber jetzt als größter Elbhafen und als zukünftiger Endhafen des Mittelkanals eine gesteigerte Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben erhalten wird. Dieser Tage hatte die Stadt die Vertreter der großen deutschen Presse zur Besichtigung der Ausstellung eingeladen, wobei unser Parteigenosse, der Oberbürgermeister Weims, in einer Begrüßungsansprache auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die nicht nur der Ausstellung in ihrem Entstehen, sondern auch der ganzen Stadt in ihrer Entwicklung bereitet worden sind.

Sozialwissenschaftliche Literatur.

Seit Januar 1922 erscheint unter dem neuen Namen „Sozialwissenschaftliche Literaturblatt“ wieder die Bibliographie der Sozialwissenschaften, im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums herausgegeben von Dr. Franz Böse. Die nicht erschienenen Jahrgänge 1919—1921, für die das gesammelte Material bereits vorliegt, werden nachträglich herausgegeben. Vom Jahrgang 1921 an wird die Bibliographie wesentlich erweitert werden, was schon in ihrem neuen Namen zum Ausdruck kommt. Danach wird sie nicht nur wie bisher eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen auf sozialpolitischen, wirtschaftlichen, gesellschaftswissenschaftlichen und politischen Gebiet sein, sondern es wird aus eine kurze Charakteristik der wichtigsten Neuerscheinungen aus der Feder hervorragender Fachleute erfolgen. Wieder sind die Monatshefte vom Januar bis April 1922 erschienen. Das Mai-Juni-Heft wird demnächst herauskommen. Vom Jahrgang 1919 ist die erste Lieferung erschienen. Verleger ist Hans Robert Engelmann, Berlin.

Englands Desinteressen in Persien. Neuter meldet aus Athen: Die Anglo-Persian-Oil-Co. hat von der griechischen Regierung das Recht zur Petroleumausbeutung in ganz Mazedonien erhalten. — Die Anglo-Persian-Oil-Co. gehört zum englischen Oeltrust (Shell-Group), die mit der amerikanischen Standard-Oil-Co. um die Vorherrschaft in der internationalen Petroleumgewinnung ringt.

Gewerkschaftsbewegung

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ berichtet, beantragten gestern vormittag im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Die Arbeitnehmer forderten einen Lohnzuschlag von 80 Mark pro Schicht, während die Arbeitgeber eine Erhöhung von 40 Mark anboten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Am Nachmittag trat ein Schiedsgericht zusammen, das nach mehrstündiger Beratung beschloß, die Löhne im Ruhrgebiet durchschnittlich um 65 Mark pro Schicht, einschließlich Soziallohn, zu erhöhen. Von dieser Summe erhalten die Bergarbeiter der Reviere

Niederhessen	85 Proz.
Oberhessen	90
Freistaat Sachsen	94
Wachen	87
Sachsen (Westphale)	90
Bayern (Steinforde)	70

Die Lohnsteigerungen für die anderen Reviere, auch für das mitteldeutsche, werden wahrscheinlich am Mittwoch festgelegt.

Schiedsgericht im Zeitungsgewerbe.

Gestern fanden vor dem Schlichtungsausschuß die Lohnverhandlungen des kaufmännischen Personals des Berliner Zeitungsgewerbes statt. Die Kammer fällte einen Spruch, der hinter der katastrophal eingetretenen Löhnerückbildung für den Monat Juli wurden 22 Proz. und für August 30 Proz. auf das Jahressumme bewilligt, mit der Maßgabe, bis spätestens 15. August etwaige Nachforderungen für den August einzureichen, falls die wirtschaftliche Lage sich grundlegend geändert hat. Die Lebensunterfrage und der Sonntagsdienst wurden ebenfalls einer Regelung unterworfen.

Unbegreiflicherweise hatte der Arbeitgeber-Verband des Zeitungsgewerbes sich geweigert, mit den Arbeitnehmern direkt zu verhandeln, da ihm die aufgestellten Forderungen als „undiskutabel“ erschienen. Die Betriebe werden im Laufe des heutigen Tages über den Spruch abstimmen.

Afa-Funktionär-Verammlung der Metallindustrie.

Am Montag berietete in einer Versammlung der Afa-Metall-Industrie-Funktionäre, die den großen Saal und die Galerie der Sophien-Säle dicht besetzt hatten, Paul Rother vom Deutschen Werkmeister-Verband über die Art und das Ergebnis der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Er schilderte in welcher merkwürdigen Weise die Unternehmer die begründeten Forderungen der Angestellten zu widerlegen versuchten. Das Verhalten des Afa-Funktionärs zeigte, daß er zu seinem alten Herrn-im-Haus-Standpunkt zurückgekehrt sei, den er kurz nach der Revolution weniger stark betonte. Die Entscheidung über den Schiedspruch liege bei den Funktionären.

In der sehr lebhaft geführten Diskussion empfahl Schröder vom Zentralverband der Angestellten, in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen, während Fritz Schmidt den Schiedspruch scharf kritisierte, ihn für unannehmbar hielt und seine Ablehnung im Interesse der Angestellten empfahl. In seinem Schlußwort sagte Rother den aus der Diskussion gewonnenen Eindruck dahingehend zusammen, daß man eine Urabstimmung vornehmen müsse und die weiteren Schritte sich nach deren Ergebnis vorbehalten wolle.

Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

Die Afa-Funktionäre der Berliner Metallindustrie können die Verantwortung nicht übernehmen, den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums zur Annahme zu empfehlen. Sie halten eine direkte Stellungnahme der Angestellten der Berliner Metallindustrie zu diesem Schiedspruch für unbedingt erforderlich und verlangen deshalb eine Urabstimmung in den Betrieben über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs.

Nachdem vom Versammlungsleiter die technische Durchführung der Urabstimmung eingehend erklärt worden war, wurde noch besonders festgestellt, daß über das Abstimmungsergebnis im Sinne eines besonderen Antrages unbedingtes Stillschweigen zu herrschen habe. Nur die örtliche Leitung des Afa-Bundes habe eine entsprechende Meldung zu erhalten.

Angestellte der Metallindustrie!

Gemäß einem Beschlusse der Afa-Funktionärerversammlung soll über den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch in den Betrieben abgestimmt werden. Diese Urabstimmung muß unter tätiger Leitung und Mitwirkung der offiziellen Betriebsvertretung der Angestellten erfolgen. Aus den Meldungen über das Ergebnis der erfolgten Abstimmung muß der Anteil des Afa-Bundes, des G. d. A. und des G. R. A. (Gebab) hervorgehen, ebenso die Zahl der Betriebsbelegschaft, die Gesamtzahl der Abstimmenden. Nachfolgendes Schema ist möglichst zu beachten.

Betrieb	Belegschaft	Abstimmende
Afa Annahme:	Ablehnung:	
G. d. A. Annahme:	Ablehnung:	
G. R. A. Annahme:	Ablehnung:	
Entscheidungen:	gesperrt:	
Gesamtergebnis:		

Die Abstimmungen erfolgen, soweit sie infolge früher in die Betriebe gelangten Nachrichten nicht schon vorgenommen wurden, am Mittwoch, den 26. Juli. Besondere Abstimmungszettel werden nicht ausgegeben. Die von den Betriebsvertretungen auszugebenden und am besten bei Beendigung der Arbeitszeit in geeigneter Weise einzusammelnden Zettel haben das Wort „Annahme“ oder das Wort „Ablehnung“ zu enthalten. Zettel mit anderen Bezeichnungen sind ungültig. Die Belegschaften sind genau darauf aufmerksam zu machen, daß sie zunächst über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches abzustimmen haben. Die Meldungen, möglichst schriftlich, müssen an das Ortstarif-Groß-Berlin des Afa-Bundes, Berlin N 39, Reinholdsdorfer Str. 118, bis spätestens Donnerstag, den 27. Juli, vormittags 9 Uhr, gelangt sein. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden, da das Reichsarbeitsministerium bis 12 Uhr eine entsprechende Mitteilung von uns erhalten muß. Mittwoch, den 26. Juli, ist das Bureau des Afa-Bundes von früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr ununterbrochen geöffnet. (Fernsprecher: Noabit 4800-31.)

In den Betrieben, in denen aus besonderen Gründen nicht völlig nach den oben angegebenen technischen Anweisungen verfahren werden kann, muß die Betriebsvertretung der Angestellten Vorkehrungen treffen, daß auf eine für geeignet erachtende Art die Unterlagen für die dem Ortstarif zu übermittelnden Meldungen erlangt werden.

Afa-Bund, Ortstarif Groß-Berlin, Platan. Otto, Kogak.

Streik in zwei Schuhfabriken.

In den Schuhfabriken Voghardin & Co., Neue Friedrichstraße 87, und Paul Ritter, Schillingstr. 12, sind Differenzen zwischen den Betriebsleitungen und der Belegschaft ausgebrochen, die zur Stilllegung der Betriebe geführt haben. Beide Betriebsleitungen weigern sich, die tariflichen Löhne

zu zahlen, wie sie in dem Abkommen der beiderseitigen Verbände am 7. Juli in Berlin festgelegt sind. Die Arbeiterschaft beider Betriebe hat die Weiterarbeit so lange eingestellt, bis diese Firmen ihren Verpflichtungen nachkommen. Die beiden Betriebe sind für organisierte Kollegen bis auf weiteres gesperrt.

Delegiertenwahl der Transportarbeiter.

Die am 16. Juli erfolgte Delegiertenwahl zum 11. Verbandstag hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben wurden insgesamt 13.503 (bei 120.000 Mitglieberei). Ungültig waren 847 Stimmen, so daß 12.656 gültige Stimmen verblieben.

Als gewählt sind aus der Wahl hervorgegangen: Sektion I: Hedwig Schneidewind, Franz Kollmeier, Karl Wolter, Paul Koblenschmidt, Paul Schacht, Fritz Wiewandt, Otto Leufhäuser, Hermann Hölzer, Karl Oberdorff, Sektion II: Walter Jahn, Hermann Walter, Paul Köhler, Paul Schürmer, Adolf Bruns, Sektion III: Karl Schüge, Fritz Siemann, Georg Stahr, Sektion IV: Paul Danke, Max Schmidt, Sektion V: Fritz Erdmann, Albert Seidel, Alfred Mahron, Wilhelm Hecherdorst, Sektion VI: Georg Weh, Max Will, Fritz Herbold, Sektion VII: Karl Leube, August Schmaßl, Max Hekermann, Verta Gerhardt, Sektion VIII: German Schult, Walter Zwanzig. Darunter sind 10 Kommunisten.

Reichswasserstraßen-Vohntarif.

Im Reichsverkehrsministerium — Wasserstraßenabteilung — ist am 12. Juli der neue Reichslohnstarifvertrag für die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung abgeschlossen worden; für die Arbeiter in den Betrieben der staatlichen Schleppdampfer-Duisburg-Ruhrort und Hannover besteht ein besonderer Lohnstarifvertrag. Durch besondere Vereinbarung ist der Reichslohnstarifvertrag auf die dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe und dem preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten — Abwidlung Wasserbauverwaltung — unterstellten Arbeiter der preussischen Wasserbauverwaltung erstreckt worden.

In dem Reichslohnstarifvertrag sind folgende Arbeitnehmervereinigungen beteiligt: Der Deutsche Verkehrsband, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Metallarbeiterverband.

Neues Lohnabkommen im Völkergewerbe. Die Stundenlöhne für Völkher und Hilfsarbeiter erhöhen sich ab 16. Juli um 3 P., ab 1. August um weitere 3 P. und ab 16. August um weitere 4 P. Die neuen Abkommen können im Bureau Engelafer 24 III in Empfang genommen werden.

Gemeinde- und Staatsarbeiter SPD-Delegierte zur Generalversammlung werden hiermit aufgefordert, die Generalversammlung beschließig und pünktlich zu besuchen, da sehr wichtige Tagesordnung. (S. heutiges Interat.) Der Fraktionsvorstand.

SPD-Fraktion UGS, Turbine. Donnerstag, 3 Uhr, bei Triller, Verlagsanstalt 7, Fraktionsversammlung.

Deutscher Verkehrsband, Abteilung Vohntar, Fernsprech- und Telegraphen-Personal: Donnerstag 7 Uhr im Lokal „Königsplatz“, NO. 18, Besse Frankfurter Straße 117, Schienenmitarbeiter-Versammlung, Reichslohnstarif und Wahl des Delegierten. — Lohnbewegung.

Verband der Galvanis, Tappeler und Vorleserinnen. Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Sozialdemokratie.

Verantw. für den rehaft. Teil: Franz Kollmeier, Berlin-Volkstheater; für Vohntar: Th. Glöde, Berlin, Verlag Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: u. Co., Berlin. Vindenzstr. 2, durch eine Filiale und Unterhaltungsbezüge „Reinwelt“.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater. Operetten-Gastsp. Tägl. 7 1/2 Uhr.

Die beiden Nachtigallen

Central-Theater Ein Prachtmädel

Intimes Theater Die Peitsche nicht immer noch herum

Neues Operett.-Th. Die Mädeln von Davos

Neues Volkstheater Heuchler

Schiller-Th. Charlbg. Operetten-Gastsp.

Die kl. Sinderlin Von Jean Gilbert

Th. a. Mollendorfp. Verliebte Leute

Theater des Westens Ballett - Souper

Deutsch. Theat. Potasch und Perlmutter

Kammerspiele Der Raub der Sablierinnen

Gr. Schauspiel. Die Maschinisten

Theater I. a. Königgrätz. Str.

Fedora Tilla Durieux

Theat. a. Kottbus. Tor Gastspiel

Berliner Th. Madame Pflir

Komische Der Meister vom Montmartre

Tranon - Th. Eine Frau ohne Bedeutung

Theater des Ostens Urania

Metropol- Varieté

Neue Welt Gr. Konzert

Berliner Prater-Theater Die Prinzessin v. Hui

Wintergarten Varieté-Spielplan

10 000 Mk. Erfinder

Union-Klub, Berlin Annahme für Vorwetten

Argentinien Vortrag des Spezialdelegierten der argentinischen Regierung

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

In absehbarer Zeit nicht wiederkehrend! Größte Eile geboten! Preise steigen!

3 große Ausnahmetage für Pelz- u. Plüschmäntel!!

Elegante manufakturfarbige Mäntel auf Blumenseide (Damassengelüht) soweit Vorrat 19 500.—

Seal-Electricmäntel 19 975— 24 000— 32 000—

Seal-Plüschmäntel soweit Vorrat noch billig!

Mohar-Persianermäntel 3900.— | Entennomäntel 998.—

Uster in Ausführung 1500.— 2400.— | Reizwollene Strickjacken 750.—

Jumper 245.— | Kunstseidene Jumper 625.— | Wöke 495.—

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a

2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Allen voran

beim Einkauf von Brillanten • Platin Gold- u. Silber-Bruch

Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen die renommierte Firma

Juwelier H. Wiese

Artilleriestraße 30

5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr. u. Passauer Str. 12 (Ecke Augsburger Straße)

1 Min. v. Wittenbergpl. — 20. Z. unmittelbar Nähe Kadewe nach jeder öffentl. Firma

Telephon Norden 3030

Steinplatz 118/119

Eilene Schmelze

Zum Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau

Soeben erschien:

G. LELEWITSCH

Die Konstituante von Samara

(Ein Beitrag zur „Humanität“ und „Demokratie“ der Partei der Sozialrevolutionäre)

Der Verfasser, Teilnehmer an den Kämpfen der proletarischen Regierung gegen die kapitalistische Offensive, schildert auf Grund der Dokumente die blutige Episode aus dem Jahre 1918

Preis 25.— Mark

Verlag Carl Neym Nachf., Louis Cahmbley, Hambg. 8